

Fukushima verändert

Fraktionen positionieren sich zur Zukunft der Energieversorgung

30. März 2011 – Der Landtag hat sich auf Antrag von SPD und Grünen mit der Zukunft der Atomkraft befasst. Unter dem Eindruck der Situation in Fukushima, aber auch der Wahlergebnisse aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, haben die Fraktionen im Rahmen einer Aktuellen Stunde ihre Standpunkte und verschiedene Wege für die Zukunft der Energieversorgung aufgezeigt. Klar ist für alle: Fukushima hat etwas verändert.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Norbert Römer** erinnerte an die Bedeutung, die die Bundesregierung ihrem Energiekonzept vom letzten Herbst beigemessen habe. CDU und FDP hätten ihr Konzept mitsamt der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke hoch gehalten und seien nun entsprechend tief gefallen. Fukushima markiere das Ende der Laufzeitverlängerung, meinte der SPD-Sprecher. SPD und Grüne träten im Industrieland NRW den Beweis an, dass eine sichere Energieversorgung auch mit umweltfreundlicher Energie möglich sei, eröffnete er und lud die Energiekonzerne dazu ein, sich mit auf diesen Weg zu begeben. Von CDU und FDP erwartete er ebenfalls klare Richtungsaussagen.

Auch **Reiner Priggen**, Vorsitzender der Grünen-Fraktion, bezeichnete die Ereignisse in Fukushima als Zäsur, an der niemand mehr vorbeikomme. Kritik übte er an einer rechtlich unsicheren Basis des Moratoriums, das die Bundesregierung nun verhängt habe. Klare, verlässliche Parameter für erneuerbare Energien seien notwendig, damit die Energiewirtschaft wisse, wie es nun weitergehe. Dies gelte auch für die Kraft-Wärme-Kopplung, die eine große Chance in Ballungsräumen sei. Die größten Potenziale und daher auch den größten Handlungsbedarf sah er bei der Energieeinsparung und bei der Energieeffizienz. Priggen forderte die CDU auf, sich dazu klar zu positionieren.

Josef Hovenjürgen (CDU) reklamierte für die Politik das Recht, getroffene Entscheidungen auf



Dietmar Brockes (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

Umweltminister Johannes Remmel (Grüne)

ihre Richtigkeit zu überprüfen. Ein „Weiter so“ könne es nicht geben. Er verwies zudem auf einen notwendigen europäischen Dialog, damit alle Reaktoren in der Umgebung berücksichtigt würden. Ebenso müsse man sich der Notwendigkeit eines Endlagers für Atommüll stellen, einen Ort dafür finden und ihn verantworten. Für einen möglichst emotionsfreien Übergang von der Atom- hin zur erneuerbaren Energie brachte er heimische Energieträger ins Spiel. Sein Fraktionskollege **Hendrik Wüst** zeigte sich bereit, „auch über unsere Position zum Windkraft-erlass noch einmal zu diskutieren“.

Auf die Herausforderung, sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom bereitzustellen, wies **Dietmar Brockes** (FDP) hin und vermisste dazu einen Beitrag der Landesregierung. Diese plädiere bisher nur für den Ausbau der Windkraft, die

Grünen wollten am liebsten alle Kohlekraftwerke abschalten. Dann bleibe aber nur noch teures Gas aus Russland. Die Deutschen seien allerdings vor allem gegen höhere Strompreise. Kernkraft müsse gegen alle Eventualitäten sicher sein, erklärte der FDP-Sprecher. Ein schneller Ausstieg werde zu steigenden Strompreisen führen, einen Ausbau der Stromnetze

erfordern und Kohlekraftwerke wieder attraktiver machen, prognostizierte er.

Bärbel Beuermann (Linke) kritisierte den Grund für die Aktuelle Stunde. Es gelte nicht, „Lehren aus dem Atomunglück in Japan. Für ihre Fraktion forderte sie den sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft, auch aus Forschung und Export. Da ein solcher Unfall wie in Fukushima offenbar nicht verhindert werden könne und es zudem kein Endlager für Atommüll gebe, stehe außer Frage, dass die Technologie unverantwortlich sei. Bezeichnungen wie „Restrisiko“ oder „äußerst unwahrscheinlich“ verschleierte die Realität. Nun sei es an der Zeit für eine radikale ökologische und soziale Wende, erklärte die Linken-Fraktionsvorsitzende.

Es habe zur Atomenergie einen Volksentscheid auf der Straße und an den Wahlurnen gegeben, deutete **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne) die Ereignisse des vorangegangenen Wochenendes. Auch er befürchtete wegen eines, wie er fand, rechtsunsicheren Moratoriums Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe seitens der Energiekonzerne. Dabei sei es für die Rettung der Banken möglich gewesen, binnen einer Woche eine sichere Rechtsgrundlage zustande zu bringen, rief er in Erinnerung. Konkret fragte er CDU und FDP, wie sie zu Koalitionsplänen bezüglich Kraft-Wärme-Kopplung, Fernwärme, Geothermie oder Gebäudesanierung stünden. Über Antworten würde er sich freuen, erklärte der Minister.

sow



Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Josef Hovenjürgen (CDU)